

Niederschrift zur 49. Sitzung des Beirates am Donnerstag, den 12. März 2015 um 18.00 Uhr, zunächst nicht öffentlich im Medienkompetenzzentrum und anschließend öffentlich im Sitzungssaal des Ortsamtes Vegesack, Gerhard-Rohlf's-Straße 62, 28757 Bremen

Beginn: 18.00 Uhr
Ende: 22.00 Uhr

Vorsitzender: OAL Herr Dornstedt
Schriftführerin: Frau Zilm

Tagesordnungspunkte:

1. Besichtigung Medienkompetenzzentrum
2. Wünsche und Anträge der Bürger an den Beirat
3. Genehmigung der Niederschrift der 47. Sitzung vom 22.01.2015 und der 48. Sitzung vom 12.02.2015
4. Erweiterung des Übergangwohnheimes in der Steingutstraße um 60 Plätze
5. Erhalt der Oberstufe am Schulzentrum Lerchenstraße
6. Richtlinie über die Zusammenarbeit des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr mit dem Beirat
- Verkehrslenkende Maßnahmen
7. Anträge und Anfragen der Parteien
8. Mitteilungen des Ortsamtsleiters
9. Mitteilungen der Beiratssprecherin
10. Wünsche und Anregungen der Beiratsmitglieder

Anwesende Mitglieder:

Beringer, Volker	Schulte im Rodde, Christoph ab 19.00 Uhr
Sulimma, Wilfried ab 19.00 Uhr	Pörschke, Thomas
Tienken, Volker	Buchholz, Rainer
Riebau, Joachim	Frenzel, Greta
Sprehe, Heike	Scharf, Detlef
Keßenich, Gundram	Degenhard, Cord
Kurt, Sabri	Kiener, Günter

Es fehlen:

Jäckel, Gabriele
Sonnekalb, Ralf

Die Beiratsmitglieder besichtigen während eines nicht öffentlichen Teiles der Sitzung das Medienkompetenzzentrum. Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und bedankt sich bei Frau Aslan für die Einladung. Frau Aslan und Herr Hänke informieren mit Hilfe einer PowerPoint Präsentation über ihre Arbeit im Gustav-Heinemann-Bürgerhaus.

Weitere Teilnehmer:

Frau Aslan	Medienkompetenzzentrum
Herr Hänke	Medienkompetenzzentrum
Frau Kodré	Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen
Frau de Gast	Leiterin des Übergangwohnheimes Steingutstraße
Herr Windheuser	Vertreter der Willkommensinitiative
Herr Engel-Krepplein	Schulleiter der Schule an der Lerchenstraße
Frau Huth	Stellvertr. Leiterin der Schule Lerchenstraße

Herr Dedner

Stellvertr. Leiter vom Polizeirevier Vegesack

Später kommen dazu:

Herr von Lührte

Senatorin für Bildung und Wissenschaft

Herr Kraatz-Röper

Senatorin für Bildung und Wissenschaft

Herr Ilgner

Senatorin für Bildung und Wissenschaft

Öffentlicher Teil:

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht zugegangen ist.

Aufgrund des großen Besucherandranges (ca. 150 Personen) zum Tagesordnungspunkt 5 wird beschlossen, den TOP 5 vorzuziehen. Die Tagesordnung wird im Übrigen so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 5

Erhalt der Oberstufe am Schulzentrum Lerchenstraße

Der Vorsitzende begrüßt Herrn Engel-Kreppein, den Leiter der Oberschule Lerchenstraße sowie Frau Huth, die stellvertretende Leiterin sowie die vielen Schüler und Schülerinnen, die Eltern und die Lehrkräfte. Herr Dornstedt äußert sich beeindruckt davon, dass die Schülerinnen und Schüler von ihrem demokratischen Demonstrationsrecht Gebrauch machen und für ihre Interessen eintreten.

Einleitend erklärt er, wie es zur Situation an der Schule Lerchenstraße gekommen ist und erinnert, dass er als Reaktion auf die Zeitungsberichterstattung einen Brief an die Senatorin für Bildung gesendet hat, in dem er u.a. die mangelnde Beteiligung des Beirates angemahnt hat. Die Senatskanzlei hat nach einer rechtlichen Prüfung bestätigt, dass der Beirat bei solch einer Entscheidung zu beteiligen ist.

Er berichtet, dass zu diesem Tagesordnungspunkt ein Antrag der CDU und ein Antrag der SPD vorliegen, die beide in dieselbe Richtung gehen.

Frau Sprehe trägt den Antrag der SPD als weitreichenderen Antrag vor.

Herr Buchholz befürchtet, dass diese Entscheidung weitreichender sein wird und in der Zukunft keine Oberstufe mehr in der Lerchenstraße angeboten wird. Er erinnert an die Fürsorgepflicht der Bildungsbehörde, gegenüber den Schülern und Schülerinnen, den Lehrkräften und den Eltern. Er schlägt einige kleine Veränderungen in den Beschlussvorschlägen vor.

Herr Pörschke begrüßt die Proteste des heutigen Abends und fürchtet, dass der Schule Lerchenstraße ein Tod auf Raten droht. Er bittet die Schüler und Schülerinnen nicht aufzugeben, was von Herrn Kurt bekräftigt wird.

Der Vorsitzende erklärt, dass es wichtig für den Stadtteil ist, zwei Oberschulen in Vegesack zu haben. Er schlägt eine Ergänzung des vorliegenden Antrages um zwei Absätze vor. Der Beirat Vegesack fasst einstimmig den nachfolgenden Beschluss.

Der Beirat rügt den Verstoß der Senatorin für Bildung und Wissenschaft gegen § 9 Abs. 1 Zf. 7 des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter wegen der mangelnden Beteiligung des Beirates Vegesack an der Entscheidung über die Nichteinrichtung einer Oberstufe im Schuljahr 2015/2016 an der Oberschule Lerchenstraße.

Die Senatorin für Bildung und Wissenschaft wird aufgefordert, ihre Entscheidung zu revidieren und für das Schuljahr 2015/2016 eine Eingangsstufe der GyO an der Oberschule Lerchenstraße anzubieten.

Der Beirat stellt fest, dass auch zukünftig der Bedarf an zwei Oberschulen im Stadtteil Vegesack besteht.

Deshalb fordert der Beirat die Senatorin für Bildung und Wissenschaft auf, zukünftig weiterhin eine bedarfsorientierte Oberstufe an der Oberschule Lerchenstraße vorzuhalten.

Die erforderliche Ausstattung mit Sach- und Personalmitteln ist zu gewährleisten. Die Schulleitung der Oberstufe Lerchenstraße und die Senatorin für Bildung werden aufgefordert, gemeinsam ein bedarfsorientiertes Profil für die Oberstufe der Oberschule Lerchenstraße zu entwickeln.

Der Beirat Vegesack ist über die Ergebnisse zu informieren.

Der Vorsitzende bedankt sich bei allen Beteiligten und steigt erneut in die Tagesordnung ein. Er erläutert, dass nach §5 Abs.5 der Geschäftsordnung des Beirates Vegesack eine Redezeitbegrenzung für Wortmeldungen aus dem Publikum beschlossen werden kann. Die Fraktionssprecher hatten im Vorfeld der Sitzung eine Redezeitbegrenzung von 2 Minuten /Redner/-in verabredet. Diese wird im Beirat einstimmig beschlossen.

Der Vorsitzende stellt das Buch „Unsere Schulzeit“ vor, welches aus Beiratsmitteln bezuschusst wurde. Das Ortsamt hat ein Belegexemplar erhalten.

Tagesordnungspunkt 2 Wünsche und Anträge der Bürger an den Beirat

Es liegen weder schriftliche noch mündliche Anträge und Wünsche vor.

Tagesordnungspunkt 3 Genehmigung der Niederschrift der 47. Sitzung vom 22.01.2015 und der 48. Sitzung vom 12.02.2015

Die Niederschrift der 47. Sitzung vom 22.01.2015 wird wie vorliegend genehmigt.

Die Niederschrift der 48. Sitzung wird um folgendes ergänzt:

1. Seite 9, TOP 9, 1. Absatz
„Herr Pörschke bittet **unter Bezugnahme auf einen Zwischenruf des Beiratsmitgliedes Herrn Degenhard nach der Stellung einer Frage durch Frau Dr. Schäfer** dringend darum, auf das Niveau zu achten.....“
2. Seite 8, TOP 4, 6. Absatz
„Frau Dr. Schäfer **(MdBB)** erklärt, dass....“

Die Niederschrift der 48. Sitzung vom 12.02.2015 wird mit den Ergänzungen genehmigt.

Tagesordnungspunkt 4 Erweiterung des Übergangwohnheimes in der Steingutstraße um 60 Plätze

Der Vorsitzende begrüßt Frau Kodré, Frau de Gast und die anwesenden Mitglieder der Willkommensinitiative.

Der Vorsitzende erinnert einleitend an die Beiratssitzung im September 2013, in der der Beirat mehrheitlich der Einrichtung eines Übergangwohnheimes in der Steingutstraße zugestimmt hat. Er zitiert den damaligen Beschluss.

Er erklärt, dass ein Schreiben der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen vorliegt, in dem sie um Zustimmung des Beirates bittet, das bestehende Wohnheim in der Steingutstraße um 60 Plätze zu erweitern.

Frau Kodré bedankt sich für die Einladung. Sie erläutert, dass mit immer mehr Flüchtlingszugängen zu rechnen ist. Sie erklärt, wie die Verteilung auf die einzelnen

Bundesländer erfolgt und dass Bremen knapp 1% aufnehmen muss. Sie berichtet, dass viele Flüchtlingsfamilien nach 3 Monaten Aufenthalt im Wohnheim bisher sehr erfolgreich in Wohnungen vermittelt werden konnten, sie hofft, dass das so bleibt. Trotzdem werden zusätzliche Plätze benötigt, aktuell werden sogar die Messehallen als Notaufnahmelager genutzt.

Die Behörde versucht in alle Stadtteile zu gehen, was aber nicht immer gelingt, weil entsprechende Gebäude und Grundstücke fehlen.

Als Notmaßnahme soll auch das Bundeswehrhochhaus hergerichtet werden, wenn der Beirat Mitte dem zustimmt.

Der Standort Steingutstraße soll mit baugleichen Gebäuden erweitert werden, wobei zusätzliche Gemeinschaftsräume mit sanitären Anlagen eingeplant werden um Notaufnahmen zu ermöglichen, ohne bestehende Gemeinschaftsräume zu nutzen.

Aus dem Betreuungsschlüssel ergibt sich zukünftig eine Zahl von vier Mitarbeitern plus Wohnraumberatung. Die Kinderbetreuung sollte in den Kitas stattfinden, was sich aber in der Praxis nicht so schnell realisieren lässt. Es sollen in den Heimen nun doch mehr Angebote in Form von Spielkreisen angeboten werden. Es ist geplant von zentraler Stelle die Betreuung zu organisieren.

Die ärztliche Sprechstunde ist z.Zt. nicht durchführbar, weil das Gesundheitsamt ebenfalls keine Kapazitäten hat. Die Flüchtlinge bekommen aber eine Krankenkarte, mit der sie jederzeit zum Arzt gehen können.

Sie bittet um Zustimmung durch den Beirat, damit die weiteren Plätze im November bereit stehen können.

Herr Degenhard erklärt, dass niemand etwas dagegen hat, Kriegsflüchtlinge aufzunehmen. Die BIW unterscheidet aber, wer aus wirtschaftlichen Gründen nach Deutschland kommt. Die BIW kritisiert, dass einige Stadtteile nicht mit Flüchtlingen bedacht werden, Vegesack aber zu sehr belastet wird. Er ärgert sich darüber, dass im Lande Bremen sich noch immer rund 1500 Menschen mit einer rechtskräftigen Verurteilung zur Abschiebung aufhalten. Wenn die Abschiebungen durchgeführt würden und diese Menschen nicht immer geduldet werden würden, wären Räume frei. Er wünscht sich, dass solche Maßnahmenkataloge auch für deutschstämmige Bürger aufgestellt werden. Es gibt viele Menschen, die in fürchterlicher Not leben.

Frau Sprehe erklärt, dass sich im Jahr 2013 niemand vorstellen konnte, wie sich die Flüchtlingssituation entwickeln würde. Sie sieht die Verpflichtung, die Flüchtlinge aufzunehmen und Notunterkünfte in Messehallen, Turnhallen oder gar Zelten zu vermeiden. Das Flüchtlingsheim in der Steingutstraße hat sich gut eingefügt und sie ist froh, ein gut funktionierendes Flüchtlingsheim vor Ort zu haben. Die Erweiterung von 60 Plätzen ist auf dem Grundstück möglich, wichtig ist es aber, dass die Flüchtlinge am Leben in Deutschland teilhaben können und entsprechend beschult und vorbereitet werden. Als Manko sieht sie die fehlende Kinderbetreuung im Heim.

Die SPD –Fraktion stimmt der Erweiterung des Heimes um 60 Plätze unter der Voraussetzung zu, dass genügend Gemeinschaftsräume zur Verfügung stehen und eine Kinderbetreuung von Anfang an gewährleistet ist.

Herr Pörschke erinnert, dass es hier um Kriegsflüchtlinge aus dem Libanon, der Türkei, Bosnien-Herzegowina und dem Kosovo geht. Er hat sehr viele Akten von Kriegsoptionen auf dem Schreibtisch gehabt, die nur Duldung bekommen haben. Wenn ein Flüchtling nur eine Duldung erhalten hat, wurde im Umkehrschluss sofort gesagt, er würde sich unrechtmäßig hier aufhalten. Er glaubt nicht, dass wir 1500 Straftäter in der Stadt haben, wo nur noch der Vollzug und die Ausweisung fehlt. Mit dem Ausdruck „Wirtschaftsflüchtlinge“ wurden schon einmal Flüchtlinge bedacht, damals ging es um Juden, die vor den Nazis nach Frankreich geflohen sind. Damals litt Frankreich unter einer Wirtschaftskrise.

Herr Pörschke erinnert, dass im Moment das Problem besteht, dass viele Flüchtlinge untergebracht werden müssen. Viele werden bleiben können, viele werden aber auch in ihre

Heimat zurück müssen. Aber zunächst müssen sie untergebracht werden. Das Bundesamt und die Gerichte entscheiden am Ende, wer bleiben kann, und wer nicht. Wenn das Zusammenspiel funktioniert, dass diese Menschen vernünftig untergebracht und betreut werden, kann man auch erwarten, dass sie sich integrieren.

Herr Scharf ärgert sich, dass das Versprechen, maximal 100 Flüchtlinge in Grohn unterzubringen, gebrochen wird. Schon jetzt werden rund 120 Menschen in Grohn untergebracht. Er fragt, warum Bremen es sich nicht leisten kann, Flüchtlinge abzuschieben. Er fragt, wer die Menschen betreut, die in Wohnungen untergebracht sind. Er hält Vegesack schon für zu stark belastet und die CDU wird einer Erweiterung auf 160 Plätze nicht zustimmen.

Frau Kodré erklärt, dass es nicht Aufgabe des Sozialressorts ist, zu entscheiden, ob ein Asylantrag rechtmäßig ist oder nicht, sondern es ist Aufgabe des Sozialressorts diese Menschen unterzubringen. Die Frage der Abschiebung ist Aufgabe der Innenbehörde. Für die Kinderbetreuung in der Steingutstraße ist sie für eine individuelle Lösung, damit die Betreuung so schnell wie möglich erfolgen kann. Die Wohnraumvermittlung soll um zwei Stellen aufgestockt werden, die Suche nach Personal läuft schon. Die Betreuung der Flüchtlinge in Wohnungen, die niemanden zur Unterstützung haben, soll ebenfalls aufgestockt werden.

Herr Kurt erklärt, dass diese Diskussion ihn emotional sehr berührt, weil er selber als Flüchtling nach Deutschland gekommen ist. Er glaubt, dass niemand seine Heimat freiwillig verlässt. Er verurteilt, dass der Westen an den Waffenexporten sehr viel Geld verdient, mehr als die Flüchtlinge kosten. Er erinnert, dass das heutige Thema ist, die Flüchtlinge menschenwürdig unterzubringen und nicht über Asylverfahren zu entscheiden. Die Linksfraktion wird der Erweiterung zustimmen und fragt, warum es nicht 100 Plätze werden.

Herr Buchholz ärgert sich, dass die Zusage, in diesem Heim nur 100 Menschen unterzubringen, nicht eingehalten wird. Aber er verschließt nicht die Augen vor den hier dargestellten Entwicklungen. Er kann sich allerdings nicht vorstellen, dass es um eine gerechte Verteilung innerhalb Bremens geht, wenn er liest, dass Schwachhausen lediglich 70 Plätze erhält. Da nun ein Handlungsbedarf besteht, wird er unter Bedingungen zustimmen. a. Der Betreuungsschlüssel ist einzuhalten, b. Unter allen Umständen muss sichergestellt sein, dass die Flüchtlinge in ihrer freien Zeit die deutsche Sprache erlernen, c. Die Betreuung der Kinder muss sichergestellt sein, damit sie spielerisch Deutsch lernen.

Herr Kiener kann es nicht akzeptieren, dass die schlimmsten Verbrechen, die es in Deutschland je gegeben hat, mit dieser Diskussion in Zusammenhang gebracht werden. Er führt aus, dass er in der Vergangenheit u.a. das Vulkangebäude als Unterbringungsmöglichkeit vorgeschlagen hat, weil es doch nicht notwendig sei, so teure Wohncontainer für die Flüchtlinge zu errichten. Trotzdem wird er selbstverständlich der Maßnahme zustimmen, weil die Menschen nun mal untergebracht werden müssen. Er ist der Meinung, dass Kriegsflüchtlinge aufzunehmen und zu betreuen sind, während Wirtschaftsflüchtlinge, die er sogar in ihrem Handeln versteht, abzuschieben sind, genauso wie Kriminelle. Er erwartet aber, dass die Flüchtlinge gerecht in Bremen aufgeteilt werden.

Frau Frenzel fragt, ob die Betreuung von Flüchtlingen in ihren Wohnungen verpflichtend ist. Frau Kodré erwidert, dass sie es für eine theoretische Frage hält. In der Praxis ist es so, dass die Leute sehr froh über jegliche Unterstützung sind.

Herr Beringer ist überzeugt, dass die Fläche in der Steingutstraße ausreicht, um die Erweiterungsbauten dort zu platzieren. Herr Degenhard ist der Meinung, dass Schleuserbanden die Menschen überreden, sich auf die Flucht zu begeben und ihnen das Schlaraffenland in Deutschland versprechen. Es werden

sogar Psychopaten und Kriminelle auf die Boote gesetzt, um sie in den Heimatländern los zu werden.

Frau Sprehe erinnert, dass die Flüchtlinge, die hier her kommen, aufgenommen werden müssen, deswegen ist es unerheblich ob hier noch geduldete Menschen leben. Sie führt aus, dass viele Flüchtlinge Ressourcen mitbringen, die in unserer Gesellschaft benötigt werden. Sie zeigt sich überrascht, dass Herr Scharf sich gegen die Meinung der Landes-CDU stellt und hält sein Verhalten nicht für christlich.

Herr Pörschke erklärt, dass es von der Fraktion der Grünen ebenfalls eine Zusage zur Aufstockung von 60 Plätzen geben wird und erinnert an die Erfolge, die an diesem Standort mit Hilfe der Willkommensinitiative erzielt werden. Er würde sich wünschen, dass die Zeitung mehr Aufklärung darüber geben würde, wie sich die rechtliche Situation der Flüchtlinge darstellt.

Frau de Gast, die Leiterin des Übergangwohnheimes Steingutstraße, erklärt, dass es bis jetzt bei voller Belegung keinerlei Probleme gibt. Es kommt sogar vor, dass Nachbarn fragen, wann es denn überhaupt mit der Belegung losgehe, weil es dort so ruhig ist. Im Sommer wird es sicherlich etwas unruhiger werden, wenn die Bewohner sich mehr draußen aufhalten. Im Moment laufen sechs Deutschkurse für zwei Gruppen pro Woche. Sie ist sicher, dass die Kinderbetreuung bald kommt. Im Moment wird die Kinderbetreuung durch Ehrenamtliche täglich für vier Stunden gewährleistet. Immer wenn Deutschkurse stattfinden werden die Kinder beschäftigt.

In der letzten Zeit hat es Notaufnahmen im Heim gegeben, die in noch unbenutzten Räumen (Nähzimmer und Jugendraum) untergebracht waren. Es hat ihnen so gut in dem Übergangwohnheim gefallen, dass sie nicht wieder gehen wollten. Im Moment sind keine Notaufnahmen im Heim.

In einem der Gemeinschaftsräume wird jeden zweiten Donnerstag ein Kontaktkaffee durch die Willkommensinitiative veranstaltet. Außerdem wird durch die Willkommensinitiative die Kleiderkammer und die Kinderbetreuung organisiert und es entstehen tolle Kontakte. Sie lädt alle Interessierten herzlich ein, das Heim kennenzulernen.

Obwohl es ihr mit den 100 Flüchtlingen gut gefällt, nimmt sie auch gerne noch weitere Flüchtlinge auf.

Eine Bürgerin hätte sich gewünscht, wenn die Anwohner eher an dieser Entscheidung beteiligt worden wären. Sie zitiert die Senatorin für Soziales, dass niemand Entscheidungen übergestülpt bekommt und dass es fast immer Bürgerversammlungen zu diesem Thema geben würde. Die Bürgerin erklärt, dass es damals in Grohn solch eine Versammlung zur Einrichtung des Übergangwohnheimes nicht gegeben hätte, sondern nur eine außerordentliche Beiratssitzung. Nun liest sie in der Zeitung: „Das Grohner Containerdorf wird noch in diesem Jahr erweitert“. Sie erinnert den Beirat an den eigenen Beschluss in dem die Errichtung von Mobilbauten für maximal 100 Flüchtlinge mit der befristeten Nutzung von 3 bis 5 Jahren zugestimmt wurde. Im September dieses Jahres sind bereits 2 Jahre vergangen, also verbleibt noch ein Rest von 1 bis 3 Jahren. Außerdem sei nie die Rede davon gewesen, dass das Übergangwohnheim als Notunterkunft genutzt werden sollte, so hat sich die Zahl der Flüchtlinge jetzt schon erhöht. Sie hat das Gefühl, dass ein Teil des Beirates die Bürger nicht ernst nimmt, weil es auch jetzt wieder eine kurzfristige Entscheidung geben soll.

Ein Bürger merkt an, dass ihm auffällt, dass sehr viele Stadtteile nicht in der Statistik auftauchen bzw. einige Stadtteile sehr wenige Flüchtlinge zugeteilt bekommen. Er kann sich nicht vorstellen, dass Stadtteile wie Schwachhausen nicht ihren Teil zur Aufnahme von Flüchtlingen betragen könnten. Er ist der Überzeugung, dass von Seiten des Staates Brennpunkte geschaffen werden, die dazu beitragen, dass unter den Bremer Bürgern Ärgernisse entstehen. Er wünscht sich eine gerechtere Verteilung auf ganz Bremen.

Eine andere Bürgerin hat viele Ängste oder Beiträge gehört, die auf falsche Informationen beruhen. Als Mitglied der Willkommensinitiative möchte sie für ein wenig Klarheit sorgen, die aus eigenen Erfahrungen und Kontakten mit Flüchtlingen und Grohner Nachbarn basieren. Für sie stellt der Kontakt mit Menschen aus anderen Kulturen eine Bereicherung dar. Sie gibt nicht nur einen Teil ihrer Freizeit in dieses Projekt, sondern sie bekommt auch ganz viel zurück. Sie möchte Mut machen, auch weitere 60 Flüchtlinge willkommen zu heißen. Sie bittet um Zustimmung des Beirates und lädt in das Kontaktkaffee ein. Alle Bewohner des Heimes haben das Ziel, möglichst schnell Deutsch zu lernen und die Kinder lernen sensationell schnell die deutsche Sprache. Es gibt im Übergangwohnheim sehr viele interessante Menschen, die es kennenzulernen lohnt. Die Bürgerin appelliert an den Beirat, sich über alle parteipolitischen Grenzen hinweg auf seine Mitmenschlichkeit und den gesunden Menschenverstand zu besinnen und dem Antrag einstimmig zuzustimmen.

Eine weitere Bürgerin hält es für wichtig, die Flüchtlinge aufzunehmen und gut unterzubringen. Sie stört sich an den Lügen der und Versprechungen der Staatsräte. Versprechungen werden nicht eingehalten und es wird sich auf die Arbeit der Ehrenamtlichen Kräfte verlassen.

Frau Kodré bedankt sich bei den Ehrenamtlichen und Frau de Gast für die großartige Arbeit. Zur Frage der Beteiligung erklärt sie, dass versucht wird, die Beiräte so früh wie möglich zu beteiligen. Die Beiratssitzungen sind der Ort öffentlichen der Beteiligung. Sie erklärt, dass die Sozialsenatorin schon eine gewisse Zeit der Vorplanung benötigt, um dem Beirat konkrete Planungsvorschläge unterbreiten zu können.

Zur Stadtteilgerechtigkeit erklärt sie, dass das ein sehr schwieriges Thema ist. Sie gibt zu, dass nicht alle Stadtteile gleich belastet sind, aber z.B. in Schwachhausen oder Oberneuland gibt es weder geeignete Immobilien noch geeignete Grundstücke. Der Beirat in Schwachhausen würde weiteren Unterbringungen zustimmen.

Herr Kurt bittet im Sinne der Menschlichkeit und des friedlichen Zusammenlebens in unserer Stadt nochmals darum, geschlossen für die 60 Plätze zu stimmen.

Herr Degenhard plädiert dafür, das Übergangwohnheim mit 100 Anwohnern zu belassen und weitere Flüchtlinge in einem anderen Stadtteil unterzubringen.

Herr Kiener ist erfreut, dass das Leben im Grohner Flüchtlingswohnheim ruhig verläuft. Trotzdem sollten die Bedenken der Anwohner ernst genommen werden obwohl die Erweiterung um 60 Plätze unerlässlich ist. Er ist dafür, dem Antrag zuzustimmen unter der Bedingung, in Grohn keine weiteren Einrichtungen zu eröffnen.

Herr Buchholz fragt, ob sich die vom Beirat beschlossene Frist von 3 bis 5 Jahren mit der Aufstellung der neuen Wohncontainer um weitere 3 bis 5 Jahre verlängert.

Der Vorsitzende schlägt folgende Beschlussformulierung vor.

Der Beirat Vegesack stellt sich den weiteren erforderlichen Integrationsleistungen im Stadtteil und kommt der Verantwortung Bremens nach, weitere Flüchtlinge aufzunehmen.

Der Beirat Vegesack wird sich weiterhin nach Kräften dafür einsetzen, dass auch den neuen Mitbürgern, nach einer menschenwürdigen Aufnahme, ein Neuanfang in Freiheit ohne Ausgrenzung ermöglicht wird.

Auf dem Gelände des Übergangwohnheimes an der Steingutstraße wird der Errichtung von zwei weiteren Mobilbauten für 60 Flüchtlinge mit der befristeten Nutzung von 3 bis zu 5 Jahren ab Oktober 2014 zugestimmt.

Bei den Einzelheiten der Planung und Realisierung ist der Beirat Vegesack zu beteiligen.

Weiterhin fordert der Beirat Vegesack:

- a) **eine Betreuung der Flüchtlinge rund um die Uhr und die Einsetzung von pädagogischen Fachkräften, die u.a. bei der Wohnungssuche behilflich sind, Orientierungshilfen geben und allgemein begleitend tätig sind. Der Träger der Einrichtung ist zu verpflichten das Personal entsprechend aufzustocken und tarifvertraglich abgesicherte Beschäftigungsverhältnisse abzuschließen.**
- b) **Die Belegung des Heimes nicht einseitig, sondern auf eine Mischung zwischen Familien und Alleinstehenden zu achten, in der auch die soziokulturellen Unterschiede der Bewohner zu berücksichtigen werden.**
- c) **Eine ortsnahe Sprachförderung durch intensive deutsche Sprachkurse.**
- d) **Eine intensive Betreuung der Kinder und Jugendlichen durch qualifiziertes Personal sowie eine enge Zusammenarbeit mit den örtlichen Kitas und Schulen, deren personelle Ausstattung bedarfsgerecht sein muss.**
- e) **Betreuungs-/Freizeitangebote für alle Altersklassen sowie integrative Maßnahmen innerhalb des Stadtteiles.**
- f) **Sicherstellung der medizinischen und psychologischen Versorgung.**
- g) **Die Einrichtung eines „Runden Tisches“, u.a. mit Vertretern der Sozialbehörde, Beirat, Heimleitung, Flüchtlingen und Grohner Nachbarn, unter Leitung der Sozialbehörde.**
- h) **An dem Standort in Grohn keine weiteren Einrichtungen zu eröffnen.**

Mit drei Gegenstimmen wird der Erweiterung mehrheitlich zugestimmt.

Tagesordnungspunkt 6

Richtlinie über die Zusammenarbeit des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr mit dem Beirat

- Verkehrslenkende Maßnahmen

Der Vorsitzende führt in das Thema ein. Es soll eine Richtlinie über die Zusammenarbeit zwischen dem Amt für Straßen und Verkehr mit dem Beiräten und Ortsämtern beschlossen werden.

Er zitiert einige wichtige Passagen aus der Richtlinie:

Eine Verlagerung von verkehrlichen Vollzugsaufgaben auf Ortsämter oder Beiräte, die aufgrund von Kommunalrechten nicht der staatlichen Aufsicht der obersten oder höheren Verkehrsbehörden unterstehen, ist ausgeschlossen.

Die Straßenverkehrsordnung räumt allerdings den Gemeinden für ihr Gebiet Beteiligungsrechte ein. Mit § 10 Abs.1 Nr. 3 BeirG sind diese kommunalen Beteiligungsrechte den Beiräten zugeordnet, sofern beabsichtigte verkehrliche Maßnahmen stadtteilbezogen sind.

Es besteht das Einvernehmensrecht ausschließlich bei folgenden Maßnahmen:

- a. Parkmöglichkeiten für Bewohner
- b. Kennzeichnung für Fußgängerbereiche
- c. Kennzeichnung von verkehrsberuhigten Bereichen
- d. Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung vor Lärm und Abgasen
- e. Unterstützung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung
- f. Einrichtung von Tempo 30-Zonen

Aus der Einvernehmensregelung folgt, dass der Beirat ein Vetorecht mit Sperrwirkung gegenüber der nicht erwünschten stadtteilbezogenen Maßnahme der Straßenverkehrsbehörde hat.

Die Anordnung selbst einschließlich der Art ihrer Umsetzung ist eine staatliche Angelegenheit. Liegt das Einvernehmen vor, so entscheidet die Straßenverkehrsbehörde über die Angelegenheit in eigener Verantwortung.

Aus der Pflicht der Straßenverkehrsbehörde, vor Erlass der verkehrsbehördlichen Anordnung das Einvernehmen mit dem Beirat herzustellen, ergibt sich kein Initiativrecht des Beirates auf Erlass straßenverkehrsrechtlicher Anordnungen oder ein Anspruch auf ermessensfehlerfreie Entscheidungen der Straßenverkehrsbehörde. Es bleibt den Beiräten unbenommen, Anträge zu verkehrlichen Maßnahmen zu stellen.

Außerdem muss selbstverständlich ein Stadtteilbezug vorliegen.

Herr Buchholz erklärt, dass diese Vorlage mit wenigen Federstrichen das Entscheidungsrecht, wie es im Beirätegesetz aufgeführt ist, zu einem Beteiligungsrecht macht. Er betrachtet diese Richtlinie als eine Befehlsmaßgabe für die Beiräte. Mit dieser Richtlinie werden die Beiräte versuchsweise zu einem Beteiligungsgremium degradiert. Er plädiert dafür, diesen Entwurf an den Absender zurückzuweisen.

Herr Riebau stimmt Herrn Buchholz zu. Er ärgert sich darüber, dass es im Ermessen der Behörde liegt eine Anordnung umzusetzen, obwohl das Einvernehmen im Beirat bereits besteht.

Herr Degenhard ist der Meinung, dass diese Richtlinie keinen Sinn macht, solange der Beirat so eine unsinnige Radwegführung wie in der Hermann-Fortmann-Straße, nicht verhindern kann. Auch er stimmt Herrn Buchholz zu.

Der Vorsitzende erinnert, dass es auch einige wenige positive Beispiele, wie z.B. das Anwohnerparken im Wilmannsberg-Quartier gibt. Andererseits gibt es auch genug Beispiele, wie die Entscheidungen des Beirates schlicht ignoriert werden, z.B. die abknickende Vorfahrt in der Borchshöher Straße oder der Fußgängerüberweg in der Hammersbecker Straße.

Herr Buchholz stellt folgenden Antrag:

Die Richtlinie über die Zusammenarbeit des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr - Verkehrslenkende Maßnahmen - wird in der vorliegenden Fassung abgelehnt.

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

Tagesordnungspunkt 7 Anträge und Anfragen der Parteien

Es liegt ein Antrag der CDU zum Zustand der Zuwegung zwischen Umkleidekabinen und dem Sportplatz der Sportanlage SV Grohn vor.

Herr Scharf stellt die Problematik vor. Es handelt sich um einen Schotterweg, der speziell für ältere Menschen sehr schlecht begehbar ist.

Herr Riebau bittet um den Zusatz „barrierefrei“.

Herr Buchholz bittet um die Ergänzung „bisherigen“ Schotterweg, damit klar ist, dass der Weg asphaltiert werden soll.

Der Beirat Vegesack fordert den Senator für Inneres und Sport auf, den bisherigen Schotterweg zwischen den Umkleidekabinen und dem Sportplatz verkehrssicher und barrierefrei herzustellen.

Der Beirat ist einstimmig für diesen Antrag.

Außerdem liegt ein gemeinsamer Antrag zur Umwandlung der offenen Ganztagschule Alt-Aumund in eine gebundene Ganztagschule vor.

Der Vorsitzende trägt den gemeinsamen Antrag zur Umwandlung der Schule Alt-Aumund in eine gebundene Ganztagschule vor.

Der Beirat Vegesack fordert die Senatorin für Bildung und Wissenschaft auf, den Antrag der Grundschule Alt-Aumund auf Umwandlung in eine gebundene Ganztagschule spätestens zum Schuljahr 2016/2017 umzusetzen.

Die Grundschule Alt-Aumund verfügt über stetig steigende Anmeldezahlen. An diesem Standort wird eine gebundene Ganztagschule verstärkt nachgefragt.

Aufgrund der Nähe zum Übergangwohnheim werden dort auch viele Kinder mit Migrationshintergrund gemeldet. Für die Integration dieser Kinder ist es besonders wichtig eine gebundene Ganztagschule zu besuchen.

Auch diesem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

Tagesordnungspunkt 8 Mitteilungen des Ortsamtsleiters

Der Vorsitzende berichtet:

Keine Abgabe von Bauabfällen in der Recyclingstation Vegesack mehr

Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr teilt mit, dass die Recyclingstation künftig keine Bauabfälle mehr aufnimmt, sondern die Annahme dieser Wertstoffe ab 25. April 2015 in der Recyclingstation Blumenthal erfolgen soll. Das bedeutet, dass sich die Situation an der Annahmestelle Vegesack etwas entspannen wird.

Situation unbefugtes Parken am Hafen

Der Vorsitzende hat am 26.02.2015 ein Gespräch mit der Wirtschaftsförderung Bremen, der Polizei, der Feuerwehr, der BV2 Betreibergesellschaft MTV Nautilus und dem Museumshafenverein Vegesack geführt. Es gab eine einvernehmliche Verständigung, dass der MTV Nautilus zwei zusätzliche Schlüssel erhält und die drei vorhandenen Parkberechtigungen der Hafenmeisterin in die Verantwortung des MTV Nautilus übergeben werden. Alle Beteiligten waren mit dieser Lösung einverstanden. Alle waren sich darüber einig, dass bei Missbrauch neu über dieses Thema gesprochen werden muss.

Anfrage der CDU zur Frage der Unbegleiteten Flüchtlinge vom 11.12.2014

Der Ortsamtsleiter teilt mit, dass die Anfrage der CDU zu den unbegleiteten Flüchtlingen im Stadtteil beantwortet wurde.

Er berichtet, dass im Ortsamtsbereich Vegesack untergebracht sind. Es handelt sich um zwei Einrichtungen. Eine Einrichtung ist eine reguläre Inobhutnahmestelle des Kinder- und Jugendnotdienstes in der Dietrich Steilen Straße, die vom Träger St. Theresienhaus geführt wird. Außerdem gibt es eine Wohngruppe mit 5 Jugendlichen im Aumunder Heerweg, die von dem Träger KRIZ-Bremer Zentrum für Jugend- und Erwachsenenhilfe e.V. betrieben wird. In der Einrichtung Aumunder Heerweg kam es im Oktober zu einer versuchten gefährlichen Körperverletzung, die der Polizei gemeldet wurde.

In der Inobhutnahmestelle des St. Theresienhauses kam es Mitte August mehrfach zu Bedrohungen von Personal und Bewohnern, sodass dort für einige Wochen keine unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge mehr untergebracht wurden.

Zur Verhinderung von Eskalationen kann auf Sicherheitskräfte zurückgegriffen werden.

Tagesordnungspunkt 9

Mitteilungen der Beiratssprecherin

Frau Sprehe teilt mit dass sie als Beiratssprecherin am Arbeitskreis Bremen-Nord teilgenommen hat. Es ging u.a. um die Grohner Düne. Es wurde die Erarbeitung eines Integrierten Entwicklungskonzeptes besprochen und über die Zusammenarbeit mit Grand City Property. Im Moment gibt z.B. es keine Mietgarantien und Ausfallbürgschaften von Seiten der Behörde, sodass GCP sich seine Mieter sehr genau aussuchen muss. Zum Thema Science Center wurde gesagt, dass die Verträge unterschrieben sind und ab Oktober dort gebaut werden soll. Dort soll u.a. eine private Grundschule entstehen.

Sie weist darauf hin, dass am 25. 3. 2015 um 18:00 die Bürgersprechstunde stattfinden wird.

Herr Pörschke berichtet von der Beirätekonferenz. Dort wurde die sogenannte „Beiratslose“ Zeit nach den Bürgerschaftswahlen thematisiert. Nach dieser Konferenz wurden jedoch noch Unterlagen verschickt, auf die er verweisen möchte, weil diese konkreter sind, als auf der Konferenz besprochen.

Tagesordnungspunkt 10

Wünsche und Anregungen der Beiratsmitglieder

Frau Frenzel fragt an, wie lange die Treppe zum Finanzamt, von der Gerhard-Rohlfs-Straße aus gesehen, noch gesperrt sein wird.

Herr Degenhard berichtet, dass das Haven Hööv't eine neue Centermanagerin hat. Er schlägt vor, sie einmal in den Beirat einzuladen.

Herr Buchholz berichtet, dass im Bereich der Fußgängerzone viele Schilder mit dem Zusatz „IS“ versehen wurden, ebenso wie die Gerhard-Rohlfs-Oberschule. Er wünscht sich, dass dies schnellst möglich entfernt wird.

Es liegen keine weiteren Wünsche und Anregungen der Beiratsmitglieder vor.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 22:00 Uhr.

Dornstedt
Vorsitzender

Zilm
Schriftführerin

Sprehe
Beiratssprecherin